



Datenschutzrechtliche Hinweise zur Verarbeitung von Daten bei der Hansestadt Lüneburg, Bürgeramt (Bereich 335 - Wahlen -), aufgrund des Inkrafttretens der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union:

Ab 25. Mai 2018 gilt die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und bildet den neuen Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Sowohl die neue DS-GVO als auch die jeweils einschlägigen Wahlrechtsbestimmungen enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Rechten von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:

Soweit es für die Organisation und Durchführung von Wahlen, insbesondere für die Benachrichtigung von Wahlberechtigten, für die Einreichung und Prüfung von Wahlvorschlägen, für die Führung des Wählerverzeichnisses und für die Bearbeitung eines Antrags auf Erteilung eines Wahlscheins (mit Briefwahlunterlagen) erforderlich ist, werden ihre Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d.h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt); vgl. Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e und Artikel 4 Nr. 2 DS-GVO. Das Bürgeramt der Hansestadt Lüneburg, Bereich 335 - Wahlen -, ist hierbei und bei vorliegender Zuständigkeit „Verantwortlicher“ im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 DS-GVO. Die datenschutzrechtlichen Hinweise gelten auch für die Organisation und Durchführung von Abstimmungen im Rahmen von Bürgerentscheiden oder Einwohnerbefragungen in der Hansestadt Lüneburg, die sich analog nach den kommunalwahlrechtlichen Vorschriften richten, sofern eine Satzung keine abweichenden Regelungen trifft.

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung und somit die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten richtet sich hierbei nach den folgenden Rechtsgrundlagen:

- §§ 8 bis 14 Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (EuWG),
- §§ 14 bis 37, 78 Europawahlordnung (EuWO),
- §§ 17 bis 26 Bundeswahlgesetz (BWG),
- §§ 14 bis 38 Bundeswahlordnung (BWO),
- §§ 4, 5, 14 bis 22 Niedersächsisches Landeswahlgesetz (NLWG),
- §§ 11 bis 32 Niedersächsische Landeswahlordnung (NLWO),
- §§ 18 bis 28 Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz (NKWG),
- §§ 15 bis 38 Niedersächsische Kommunalwahlordnung (NKWO).

Sofern Sie Ihre personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann ihr Wahlvorschlag/Antrag nicht weiterverarbeitet werden. Für die Erfüllung der Aufgabe werden diese Daten benötigt und sind für die Weiterverarbeitung erforderlich.

Zudem kann die Hansestadt Lüneburg Ihren Wahlvorschlag/Antrag wegen fehlender Mitwirkung ganz oder teilweise ablehnen. Zudem müssen Sie mit einer für Sie negativen Sachentscheidung rechnen. Die Daten werden nur für den o. g. Zweck verarbeitet.

Personenbezogenen Daten werden gelöscht, wenn sie für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden und rechtliche Aufbewahrungsfristen (siehe § 83 EuWO, § 90 BWO, § 84 NLWO und § 88 NKWO) abgelaufen sind:

- Einbehaltene Wahlbenachrichtigungen werden unverzüglich vernichtet.
- Wählerverzeichnisse, Wahlscheinverzeichnisse, Verzeichnisse der ungültigen Wahlscheine sowie Formblätter mit Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge werden nach Ablauf von sechs Monaten seit der jeweiligen Wahl vernichtet, wenn nicht die zuständige Wahlleitung mit Rücksicht auf ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren etwas anderes anordnet oder sie für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.
- Die übrigen Wahlunterlagen werden grundsätzlich ab dem 60 Tag jeweils vor der neuen Wahl vernichtet. Die zuständige Wahlleitung kann zulassen, dass diese Unterlagen schon früher vernichtet werden, soweit sie nicht für ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren oder für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können. Sofern diese Voraussetzung vorliegt, behält sich die Hansestadt Lüneburg vor, die übrigen Wahlunterlagen früher zu vernichten.

Innerhalb der vorstehend genannten Frist(en) besteht kein Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO.

Ihre personenbezogenen Daten werden je nach Zweck und Erfordernis weitergeleitet an:

- Dienstleister zum Druck und Versand der Wahlbenachrichtigung
- die hiesige oder ggf. an eine andere Meldebehörde,
- den Bereich EDV (MESO),
- den Wahlvorstand, den Wahlausschuss, die Wahlleitung,
- Behörden, Gerichte und sonstige amtliche Stellen des Wahlgebiets.

Darüber hinaus werden personenbezogenen Daten entsprechend § 79 EuWO, § 86 BWO, § 77 NLWO, § 83 NKWO in ortsüblicher Weise, an der Bekanntmachungstafel des Bürgeramtes der Hansestadt Lüneburg oder durch Aushang öffentlich bekanntgemacht. Zusätzlich können die Inhalte der nach den jeweiligen Wahlrechtsbestimmungen vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen zusätzlich im Internet veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten in Internetveröffentlichungen von öffentlichen Bekanntmachungen bei Wahlvorschlägen werden spätestens sechs Monate nach Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses, von öffentlichen Bekanntmachungen bei Feststellung des Wahlergebnisses spätestens sechs Monate nach dem Ende der Wahlperiode gelöscht. Innerhalb der vorstehend genannten Frist(en) besteht kein Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO.

Sie können gegenüber dem Bürgeramt der Hansestadt Lüneburg, Bereich 335 - Wahlen -, folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft
- Recht auf Berichtigung oder Löschung
- Einschränkung der Verarbeitung
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung
- Recht auf Datenübertragbarkeit

Kontaktdaten/Adressen

Verantwortlicher:

Bürgeramt Hansestadt Lüneburg
Bereich 335 - Wahlen -
Herr Hellfeuer
Bardowicker Straße 23
21335 Lüneburg
Telefon: 04131 309-3698

Behördlicher Datenschutzbeauftragter:

Datenschutzbeauftragter der Hansestadt Lüneburg
Landkreis Lüneburg
Auf dem Michaeliskloster 4
21335 Lüneburg
Telefon: 04131 261756
E-Mail: datenschutz@landkreis.lueneburg.de

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz (Die Landesbeauftragte für den Datenschutz) wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.

Landesdatenschutzbeauftragte:

Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
Prinzenstraße 5, 30159 Hannover
Telefon: 0511 12-4500
E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de